

# MagazINC

Nr. 55 / Mai 2021



2 Editorial

2 Deutschland ratifiziert ILO-169  
– zieht die Schweiz nach?

3 USA: Neue Ära für die Indigenen?  
Regierungswechsel in den USA

4 Kanada: Gerechtigkeit für Indigene?

6 MMIWG – pandemieartiges Problem

8 Human Rights Defenders in Gefahr  
Menschenrechtsverteidiger\*innen sind keine Terroristen

9 Interview mit unserer Stipendiatin  
Rosa Flores Cruz

9 Lopez Obrador: «Verzeiht uns, bitte!»  
Historische Entschuldigung Mexikos

10 Havasupai in US-Regierungsausschuss

10 Esselen wieder Landbesitzer

11 Rest in Peace:

Carry Dann, Ramsey Clark, LaDonna Brave  
Bull Allard

12 Karl Bodmer: Sonderschau im NONAM

12 Neues Kochbuch

– Indigene Rezepte und mehr



Liebe Mitglieder und Freund\*innen von Incomindios

Spielende Kinder. Erwachsene, die ein Haus bauen. Jugendliche, die beobachten, lernen und mithelfen. Man verbringt Zeit zusammen, bestaunt die wunderschöne Landschaft und tauscht sich aus. Das sind die Bilder, die uns aus Honduras erreichen. Genauer gesagt, von den *Tolupanes*, mit denen Incomindios schon seit Jahren in Kontakt ist. Im letzten Frühling konnten wir dank Ihren grosszügigen Spenden einen Teil des Aufbaus dieses Hauses mitfinanzieren. Dieses fungiert nicht nur als Gemeinschafts- und Kulturzentrum, sondern beinhaltet auch eine eigene Radiostation. Die Möglichkeiten, die eine solche unabhängige Radiostation bieten, sind zahlreich: Primär können unzensurierte Nachrichten weitergegeben werden, was gerade in einem höchst korrupten Land wie es Honduras ist, das Recht auf freie Meinungsäusserung gewährleistet. Zugleich finden so

auch Informationen über die Rechte der Indigenen und Kulturprogramme den Weg zur lokalen Bevölkerung.

Folglich ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Indigenen der Gemeinschaft San Francisco de Locomapa von «horas ganadas» sprechen, wenn sie länger an ihrem Gemeinschaftszentrum bauen, als ursprünglich geplant. Es sind gewonnene Stunden, weil sie diese Zeit gemeinsam verbringen und an einem Projekt für die Gemeinschaft arbeiten. Ganz im Gegensatz zum Individualismus, der in heutigen Gesellschaften oft einen wichtigen Stellenwert hat.

Gemeinsam wollen auch wir hier in der Schweiz uns weiterhin für die Rechte der Indigenen einsetzen. Während COVID-19 unser aller Leben noch immer prägt, sehen sich Indigene vielerorts bedroht aufgrund ihres Engagements für ihre Rechte und den Schutz der Natur. Dies geschieht beispielsweise in Kolumbien, wie der

Text auf Seite 8 eindrücklich schildert. Gleichzeitig erreichen uns aber auch hoffnungsvolle Neuigkeiten: Mit Präsident Biden



Katharina Boerlin

weht in Washington ein neuer Wind und Deb Haaland (*Laguna Pueblo*) wurde vor wenigen Wochen zur ersten indigenen Innenministerin ernannt. Wir freuen uns sehr darüber und sind gespannt, welche Auswirkungen ihre Ernennung auf die Rohstoffindustrie und den Schutz der indigenen Rechte in den USA haben wird.

Danke, dass Sie Incomindios auch im Jahr 2021 wieder unterstützen. Nur so können wir uns weiterhin für die Indigenen einsetzen – sei es in Honduras, Kolumbien oder den USA.

Katharina Boerlin, Mitglied des Vorstands



© MADJ

## Deutschland will Schutz Indigener Völker stärken – zieht die Schweiz nach?

Der Deutsche Bundestag hat am 15. April 2021 das Ratifizierungsgesetz über die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der Rechte Indigener Völker verabschiedet. Dies ist ein entscheidender Schritt, die Rechte Indigener Völker zu stärken. Denn auch europäische Unternehmen sind weltweit an der Verletzung indigener Rechte, vor allem durch die Ausbeutung von Ressourcen auf indigenen Territorien, beteiligt. Der deutsche «Koordinationskreis» – bei dem Incomindios beratend mitgewirkt hat – als Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen NGOs war massgeblich an der jahrelangen Lobby-Arbeit beteiligt und hat einen Forderungskatalog zur Umsetzung der ILO169 ausgearbeitet. Die Ratifizierung durch Deutschland hat Vorbildcharakter – auch für die Schweiz? Vor 16 Jahren haben wir uns mit anderen NGOs für die ILO169 engagiert; bis sich der Bundesrat 2006 gegen die Ratifizierung aussprach, aus Angst vor Forderungen der Fahrenden (diese sind aber gemäss UNO-Definition keine Indigenen, sondern «ethnische Minderheiten» mit eigenen Rechten). Wir gratulieren den deutschen NGOs und werden uns sicher an der Lobby-Arbeit für eine Schweizer Ratifizierung beteiligen.

# USA: Neue Ära für die Indigenen?



von Dominique Knuchel

## Der Regierungswechsel in den USA

Am 20. Januar 2021 wurde der Demokrat Joe Biden als Präsident der USA vereidigt. Damit ging eine Ära zu Ende, in der die Interessen der Native Americans wie auch der Umweltschutz von der US-Regierung grob vernachlässigt wurden.



Indigener Wähler in Arizona. © Sharon Chischilly // Navajo Times

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger schreibt Biden in seinem Policy Plan der indigenen Bevölkerung wie auch dem Kampf gegen den Klimawandel einen hohen Stellenwert zu. So soll dieser Plan eine erschwingliche und verlässliche medizinische Versorgung für alle indigenen Gemeinschaften gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die Pandemie. Bidens Plan umfasst zudem die Rücknahme von Trumps Erlassen, was indigenes Stammesland betrifft, die Bekämpfung des Klimawandels und den Schutz von natürlichen und kulturellen Ressourcen. Schliesslich strebt Biden mit den indigenen Nationen eine Beziehung auf Augenhöhe an («*Nation-to-Nation relationship*»). Dies will er durch einen intensivierten Kontakt mit den über 574 anerkannten «*Native American tribes*» wie auch durch die Besetzung hochrangiger Regierungspositionen mit Indigenen erreichen. Seit seiner Amtsaufnahme sind mehr als vier Monate verstrichen – wie steht es aktuell um Bidens Wahlkampfversprechen?

Die Covid19-Krise hat einmal mehr verdeutlicht, dass zwischen weissen US-Amerikaner\*innen und Native Americans keine Gleichheit herrscht. Durch die diskriminierende Politik der Trump-Regierung wurden die Native Americans vom Staat vernachlässigt. Der US-Kongress billigte am 10. März

ein 1,9 Billionen US-Dollar Corona-Hilfspaket, von denen mind. \$31 Milliarden den Stammesregierungen zustehen, die damit stark betroffene indigene Familien und Unternehmen unterstützen sollen.



Haalands Vereidigung, durchgeführt von Vizepräsidentin Kamala Harris. © Alex Brandon // AP Photo

Kurz nach seiner Vereidigung widerrief Biden eine Reihe von Beschlüssen, die von der Trump-Regierung zum Vorteil wirtschaftlicher Interessen und zum Nachteil der Umwelt und den Indigenen gefasst wurden. Dazu gehören der erneute Beitritt der USA zum Pariser Klima-Abkommen wie auch ein Moratorium für Öl- und Gasbohrungen im *Arctic National Wildlife Refuge*, einem Naturschutzgebiet in Alaska und Heimat der Gwich'in (s. MagazINC48). Biden veranlasste zudem die erneute Vergrösserung der Schutzgebiete der National Monuments Grand Staircase Escalante und Bears Ears in Utah. Beide sind für die Indigenen in der Region von grosser kultureller Bedeutung. Ein bedeutender Entscheid war auch der Baustopp der Keystone XL Pipeline, welche Erdöl von Kanada an die US-Golfküste transportiert hätte. Dieses Projekt wird seit 2010 vehement von Indigenen, deren Land und Trinkwasser durch die Pipeline gefährdet worden wäre, bekämpft.

### Enttäuschung trotz umgesetzter Versprechen

Biden hat mit diesen Beschlüssen viele seiner Versprechen umgesetzt. Und doch zeichnet sich ab, dass sich Umweltaktivisten\*innen und Verfechter\*innen indigener Rechte keine Verschnaufpause leisten können: Am 9. April enttäuschte die Biden-Regierung mit der Ankündigung, dass die Dakota Access Pipeline (DAPL) den Betrieb nicht einstellen würde – trotz der Verstösse gegen indigene Landrechte der *Standing Rock*

*Sioux Tribe* und gegen Umweltgesetze. Hier und bei ähnlichen Projekten muss Biden noch beweisen, dass er seinem Versprechen, sich für die Interessen der Native Americans und der Umwelt einzusetzen, nachkommt.

### Hoffnungsträgerin Deb Haaland

Unter Biden besetzt zum ersten Mal in der Geschichte der USA eine Native American einen Kabinettsposten in der Regierung. Deb Haaland (*Laguna Pueblo*, New Mexico) führt nun das Innenministerium, welches für die Rechte der fast 2 Millionen Indigenen am wichtigsten ist. Anders als in Europa ist das Innenministerium in erster Linie für die Verwaltung des bundeseigenen Landes zuständig und entscheidet zum Beispiel über die Einrichtung von Naturschutzgebieten oder Genehmigungen für den Ressourcenabbau. Als Innenministerin hat Haaland somit eine Schlüsselfunktion in der Umweltpolitik und ist dafür verantwortlich, dem Versprechen der Regierung, sich von fossilen Brennstoffen zu entfernen, Taten folgen zu lassen. Ausserdem leitet das Innenministerium das *Bureau of Trust Funds Administration*, welches die Finanzen der Indigenen Völker verwaltet und zuständig ist für das Bureau of Indian Education.

Haaland hat bereits zahlreiche Verordnungen ihrer Vorgänger rückgängig gemacht und eine Task Force ins Leben gerufen, welche sich der Klimaveränderung widmet, sowie eine spezielle Einheit, um die Problematik der vermissten und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen eingehend zu untersuchen.

Quelle: <https://joebiden.com/tribalnations/>  
<https://indiancountrytoday.com>



von Helena Nyberg

## Wie die Indigenen Völker Kanadas sich behaupten

Nachdem im letzten Magazin der Weg der Indigenen an der UNO beleuchtet wurde, soll hier nachgezeichnet werden, warum gerade Kanada – das international als selbsternannter Menschenrechtsapostel auftritt – den Indigenen Völkern auf seinem Land trotz eigenen Gerichtsurteilen und völkerrechtlichen Instrumenten ihre angestammten Rechte verweigert.

Als weltweit zweitgrösstes Land ist Kanada<sup>1</sup> für viele Menschen noch immer eine Destination der Träume; es lockt uns mit grandioser Natur, unendlichen Weiten und Wäldern, in denen Bären und Wölfe in freier Wildbahn leben. Die Eroberung und Besiedlung des Landes erfolgte zumeist an den Küsten der Seen und der beiden Weltmeere sowie am Fuss der mächtigen Gebirge wie die Rocky Mountains und in einem 350 km langen Streifen entlang der Grenze zu den USA. Und dann sind da noch die Ureinwohner\*innen des Landes, die *First Nations*, *Métis* und *Inuit*, welche ihre angestammten Gebiete bis heute verteidigen müssen – von British Columbia am Pazifik, dem autonomen Nunavut am Arktischen Ozean bis Labrador am Atlantik, zumeist in entlegenen, ressourcenreichen nördlichen Gebieten. Ausser wenn sie publikumswirksam in voller Regalia an Powwows etc. auftreten, werden sie von der breiten kanadischen Öffentlichkeit v.a. als Sozialbezüger\*innen wahrgenommen, die zum Grossteil als «schmarotzende» Süchtige in den Armenvierteln der Städte oder in miserabel ausgestatteten Reservaten ums Überleben kämpfen. Dass sie 98% ihres Landes verloren haben, mit allen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen, wird ignoriert.

### Kanadas Verschleuderung der immensen Ressourcen.

Was ist schiefgelaufen, im Verhältnis der knapp 36,3 Millionen



Die Gruppe «Indigenous Youth for Wet'suwet'en» stürmte im März 2020 mit hunderten von Unterstützer\*innen die Stufen zum Parlament von B.C. © Mike Graeme

Kanadier\*innen, die erst mit dem Canada Act 1982 ihre volle Souveränität erhalten haben, und den ca. 1,7 Millionen Indigenen, die in einem der reichsten Länder unter Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung leiden? Der primäre Grund ist die höchst primitive Wirtschaftsform, die auf einem regelrechten Ausverkauf der Ressourcen basiert: Holz oder Erdöl haben keine hohe Wertschöpfung im eigenen Land und sind auf den Export ausgerichtet. Kanada kann sich diese Verschleuderung leisten, weil die Ressourcen in so grossem Mass vorkommen – zumeist aber auf indigenem Land.

Kanadas Rohstoffindustrie schneidet sich ins eigene Fleisch, in der Meinung, indigene Rechte müssen nicht respektiert werden oder Nachhaltigkeit sei angesichts der Fülle von fossilen Brennstoffen oder Mineralien vernachlässigbar; sie glauben, es lohne sich nicht, z.B. in eine arbeitsplatzintensive, diversifizierte Bau- und Möbelindustrie mit Holz zu investieren – das schnelle Geld hat Priorität; Menschenrechtsverletzungen und bleibende Umweltschäden wie durch den Abbau von Teersanden im Tagebau, In-situ Laugung oder Fracking von Erdgas und Erdöl werden in Kauf genommen. Und noch ein Punkt: Gerade in British Columbia, das sich auf die noch geltende Königliche Proklamation von 1763 des britischen Königs Georg beruft und keine Verträge abgeschlossen hat, gehört das Land

den Indigenen; doch sind Lokalpolitiker oft mit den Raubbau betreibenden Unternehmen verhängt und wehren sich aus rein privatem Profitinteresse gegen Einbezug und Beteiligung der rechtmässigen indigenen Landbesitzer. Vor 20 Jahren versuchten sie in langwierigen Prozessen mit einzelnen Stämmen zu schlechten Bedingungen «neue Verträge» auszuhandeln, um an ressourcenreiches Land zu kommen. Nach wenigen miserablen Abschlüssen, die keinen Gegenwert zum Landverlust brachten, gab die Regierung diese Taktik auf, auch weil die meisten *First Nations* kein Interesse an «gefakten» Verhandlungen zeigten, wobei sie immer betont haben, dass sie nicht a priori gegen Fortschritt seien, sondern selbst bestimmen wollten, wie ihre eigenen Ressourcen genutzt werden.

### Neue Regierungstaktik: Kriminalisierung der indigenen Aktivist\*innen.

Erst unter dem jahrzehntelangen Druck von indigenen (und nicht-indigenen) Umweltschützer\*innen ändert sich langsam etwas, aber seitens der Betroffenen «von unten», angetrieben, nicht durch Gesetzesänderungen. Denn leider wurde die Verlogenheit der kanadischen Regierung offenkundig: Mit dem Amtsantritt des jungen Justin Trudeau 2015 keimte zuerst Hoffnung auf, da dieser den Indigenen eine Beziehung «auf Augenhöhe» versprach. Dann aber wurde die UN-Deklaration für die Rechte



Indigener Völker UNDRIP mit dem Argument abgeschossen, sie gehe viel weniger weit als die nationale Gesetzgebung, und Landrückgaben waren kein Thema mehr – auch der Premier hängt am Tropf der mächtigen Industriebosse. Längst fällige soziale Programme zu finanzieren, die Aufklärung der 4000 Fälle von verschwundenen und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen zu beschleunigen, das indigene Gesundheitssystem aufzupeppen, etc. sollten längst umgesetzt sein: damit versucht die Regierung den Fokus von der Grundsatzfrage des Landbesitzes zu nehmen.

Die Indigenen lassen sich aber nicht länger hinhalten und wehren sich landesweit mit friedlichen Protesten, die seit Winter 2012<sup>2</sup> stetig zunehmen. Die Industriefirmen bedienen sich einer neuen Taktik: Sie machen die Bundespolizei RCMP zu ihren Handlangern und lassen diese die Proteste auflösen, die Blockaden entfernen und die Indigenen kriminalisieren, um sie aus dem Weg zu schaffen. Das bindet Kräfte und Finanzen der Stämme, wenn sie ihre Leute mit Kautionen und hohen Anwaltskosten aus den Fängen der Justiz befreien wollen.



Verhaftung der *Unist'ot'en* Brenda Michell (Chief-Name Geltyi) bei RCMP-Razzia in *Wet'suwet'en*-Unterstützerlager im Norden von B.C., Februar 2020. © Amanda Follett Hosgood

### Die Vision des Arthur Manuel.

Diese Entwicklung hat Art Manuel vorausgesehen, der 2017 allzu früh verstorbene charismatische Experte und Buchautor für indigene Rechte, unermüdliche Aktivist und ehemalige Chief der *Neskonlith Indian Band* und des gesamten *Shuswap National Council*. Er warnte vor der Zersplitterung der Widerstandsbewegung und hielt 2014 eine denkwürdige Rede an einem Treffen von ca. 60 traditionel-

len Chiefs und gewählten Stammesratsmitgliedern in Nova Scotia, bei dem das Netzwerk der *Defenders of the Land* gegründet wurde – einem Meilenstein im gemeinsamen Einsatz für Landrechte. Zusammen mit dem radikalen Intellektuellen Russ Diabo und Klanmutter Judy Da Silva, langjährige Aktivistin der *Asubpeeschoseewagong (Grassy Narrows) First Nation* entwarfen sie die Vision einer nationalen Landrechtspolitik, getragen auch von nicht-indigenen Kräften; nur gemeinsam könne man den Staat zwingen, die von den Indigenen errungenen rechtlichen Instrumente anzuwenden<sup>3</sup>, was nichts anderes hiesse, als eine regelrechte Dekolonisierung Kanadas einzuleiten.

Wenn diese richtig eingesetzt würden, könnten sie das Land ihren Bedürfnissen gemäss gestalten, indem sie die von Konzernen geführte Rohstoffgewinnung neu verhandeln und sicherstellen würden, dass die *First Nations* eine angemessene Landbasis zurückerhalten, um eine nachhaltige Wirtschaft für den Eigenbedarf zu entwickeln. Bis jetzt hat die Gesetzgebung der Provinzen die Rückgabe von Land verhindert. «Ein Wandel kommt nie von Richtern oder Politikern», war Manuel der Überzeugung, «eine wirkliche Veränderung wird erst stattfinden, wenn eine Bewegung hinter den Aktionen vor Ort steht und die Durchsetzung unserer Rechte erzwingt. Nur gemeinsam sind wir stark, und mit unseren nicht-indigenen Unterstützungsgruppen». Art Manuel hat auch uns damit gemeint. Premier Trudeau gibt aber die Kontrolle nicht ab; 2020 schlägt er ohne Einbezug der Indigenen ein Gesetz (Bill C-15) vor, wie UNDRIP umgesetzt werden soll: nicht Völkerrecht soll gelten, sondern das koloniale Gesetz der «Doctrine of Discovery».



Arthur Manuel, *Shuswap*, mit den Redaktorinnen von *MagazINC* und *Coyote*, Wien 2006. © AKIN

### Kanada an der UNO – auch hier eine Geschichte der Weigerungen.

Im Prinzip will man also nichts ändern: Die bestehenden nationalen Gesetze, die vielfach indigene Rechte verletzen, sollen weiterhin über der UNDRIP stehen und Landbesitz sowie Selbstbestimmung ausschliessen. Mit dieser Arroganz tritt Kanada auch an der UNO auf.

Seit 1998 verfolgt die Europäische Allianz für die Selbstbestimmung Indigener Völker, bei der Incomindios Mitglied ist, das Verhalten Kanadas an der UNO. Ganz generell fällt auf, dass es kein einziges Menschenrechtsgremium oder -verfahren gibt, von dem Kanada nicht kritisiert worden wäre, insbesondere in Bezug auf die Ungleichbehandlung Indigener Völker und die Verletzung ihrer Rechte. Peter Schwarzbauer, Obmann unserer Alliance-Partnerorganisation AKIN in Wien, dokumentiert jeden Auftritt Kanadas an der UNO, bei dem das Land über Fortschritte in der Menschenrechtspolitik oder die Behebung von Missständen berichten muss.

Die übrigen UN-Mitgliedsländer bewerten/kritisieren konstruktiv dessen Politik und geben Empfehlungen ab. Es ist kaum zu glauben, aber es gibt wenig Fälle, bei denen Kanada einen Bericht der UNO rechtzeitig vorgelegt oder ordnungsgemäss auf Empfehlungen reagiert hat; viele der Einwände und Empfehlungen wurden sogar rundweg abgelehnt. Bis heute. Ein Zeichen von Arroganz der Mächtigen, die gegenüber den Schwächeren keine Verantwortung übernehmen. Solche Konflikte brechen weltweit immer wieder auf – sie müssen auch im Fall von Kanada benannt und verurteilt werden.

Eine Chronologie des Widerstands folgt im nächsten *MagazINC*.

<sup>1</sup>«Canada» = urspr. Name für ein Irokesendorf.

<sup>2</sup>*Idle No More* (2012); zuvor Oka-Krise (1990): Wendepunkt in der Beziehung zw. *First Nations* und Regierung; schuf das Bewusstsein für Landansprüche und systemischen Rassismus; führte zur Einrichtung der *Royal Commission on Aboriginal Peoples*.

<sup>3</sup>Die Festschreibung der indigenen Rechte in der kanadischen Verfassung, wichtige Urteile des Obersten Gerichtshofs (z.B. *Delgamuukw* 1997 stellte mündliche Überlieferung der schriftlichen gleich) und die UNDRIP.

# MMIWG – Murdered and Missing Indigenous Women and Girls

von Barbara Stulz

## Gewalt gegen indigene Frauen – auch eine Pandemie

Unzählige Studien und Statistiken zeigen, dass weltweit indigene Frauen und Mädchen unverhältnismässig stark von Gewalt betroffen sind. In den USA, zum Beispiel, sind 4 von 5 indigene Frauen von Gewalt betroffen, wobei sie 10-mal wahrscheinlicher umgebracht werden als im nationalen Durchschnitt. Allein 2016 sind 5'712 indigene Frauen verschwunden oder ermordet worden.

Das sind immense Zahlen, bei denen wir uns schlicht fragen, wie das in der heutigen Zeit noch möglich ist. Wir wollten indigenen Stimmen dazu eine Plattform bieten: Am 29. Oktober 2020 hielt Incomindios UK ein Webinar zum Thema «Murdered and Missing Indigenous Women and Girls» (ermordete und verschwundene indigene Frauen und Mädchen). Drei starke Frauen sprachen über die Situation von indigenen Frauen und Mädchen: LeAndra Nephin vom *Omaha-Tribe of Nebraska*, Cassandra Spade von der *Mishkeegogamang Ojibway Nation* und Claudia Claros, eine bolivianische Menschenrechtsanwältin, welche sich auf Indigene Rechte fokussiert.

### Ein weiteres Erbe des Kolonialismus.

Die strukturelle und systemische Gewalt, die indigene Frauen und Mädchen tagtäglich erleben müssen, hat ihren Ursprung im Kolonialismus. Im Webinar berichten LeAndra und Cassandra von der Situation indigener Frauen und Mädchen in Siedlergesellschaften wie Kanada oder den USA, wo anhaltende koloniale Gesetze und Denkmuster indigene Gemeinschaften und Kulturen systematisch untergraben. Eine Assimilationspolitik, getragen von Umsiedlungsprojekten und Internaten, gerechtfertigt durch christliche, patriarchale und kapitalistische Werte, hat über Jahrhunderte dazu geführt, dass indigene Regierungssysteme und Organisationsfor-



Mit dem Projekt «REDress» will die Künstlerin Jamie Black die MMIWG-Frauen und Mädchen ehren und auf das Problem aufmerksam machen.

men geschwächt oder sogar zerstört werden. In Gemeinschaften, in denen indigene Frauen früher wichtige politische und soziale Positionen innehatten, wird ihnen nun die Teilhabe und das Mitspracherecht vorenthalten. Dies hat erheblich dazu geführt, dass indigene Frauen in ihren Gemeinschaften an Einfluss verloren haben, meint Cassandra.

Die eurozentrische Weltsicht, welche den Indigenen durch eine solche Politik aufgezwungen worden ist und wird, untergräbt auch das Selbstverständnis und Selbstvertrauen dieser Gemeinschaften. So zum Beispiel die Rolle der indigenen Frau, wie Cassandra erläutert. Während in ihrer Kultur der Frau einen fundamentalen gesellschaftlichen Wert zugesprochen wird, werden indigene Frauen von der weissen Gesellschaft exotisiert und sexualisiert, was die Strukturen für MMIWG vertieft und aufrechterhält. Rassismus und Hass, geschaffen durch koloniale Denkmuster, welche Indigene entmenschlichen und diskriminieren, sind wesentliche Faktoren von MMIWG. Ausserdem wird das Phänomen MMIWG noch bestärkt durch Straflosigkeit, auch eine Folge der bestehenden Kolonialpolitik, welche die Stellung der Indigenen in der sozialen Hierarchie aufzeigt – nämlich ganz weit unten.

MMIWG betreffe indigene Gemeinschaften auf der ganzen Welt, sagt LeAndra, und habe eine globale Bewegung ausgelöst, welche das Problem sichtbar zu machen versucht, sowohl in der Politik als auch in der Gesell-

schaft. Denn wie Cassandra sagt: «Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: Wenn indigene Frauen verschwinden oder ermordet werden, ist es nicht nur eine Person, die verantwortlich dafür ist, sondern eine ganze Struktur und ein System, das eingerichtet wurde, um den Teufelskreis in Gang zu halten.»

Die drei Referentinnen unterstreichen, wie wichtig es ist, MMIWG zu thematisieren. Kunstprojekte, wie zum Beispiel Jamie Blacks «The REDress Project», Webinare, wie das von Incomindios UK, und vor allem die Aktivitäten der indigenen Frauen und ihren Gemeinschaften sollen zur Sichtbarmachung von MMIWG beitragen. Es geht dabei nicht nur darum, einzelne Fälle zu analysieren, sondern das politische, ökonomische und soziale System zu bekämpfen, welches MMIWG erst möglich macht. Die Kolonialpolitik der letzten 500 Jahre hat die gesetzlichen Strukturen, sowie ein «intergenerationelles Trauma» kreiert, welches die Verletzlichkeit von indigenen Frauen und Mädchen erhöht und die Grundlagen für die grassierende Verbreitung von MMIWG schafft, sagen LeAndra und Cassandra.

### MMIWG in Kolumbien.

Claudia beleuchtet das Thema von einer anderen Seite und mit einem anderen regionalen Fokus. Sie spricht über MMIWG im Kontext des bewaffneten Konflikts in Kolumbien, wobei sie betont, dass Frauen und Mädchen vor allem in zwei Aspekten anders vom Konflikt betroffen sind als

# Highway der Tränen – Ein Buch zum Thema MMIWG

Männer. Erstens, sexuelle Gewalt untergräbt die Identität und das Selbstvertrauen von indigenen Frauen und beeinträchtigt deren physische und psychische Gesundheit. Die mit sexueller Gewalt zusammenhängende Stigmatisierung erschwert indigenen Frauen die Rückkehr in ihre Familien und Gemeinschaften. Zweitens, Zwangsumsiedlungen zerstören die materiellen und spirituellen Lebensgrundlagen der Indigenen und ihre Verbindung mit dem Land. Dies gefährdet nicht nur Traditionen, Rituale und Zeremonien, sondern zwingt indigene Frauen auch die Rollen von «Überlebenden» anzunehmen, eine gänzlich andere Rolle als ihre traditionelle Stellung als Hüterinnen und Beschützerinnen der Gemeinschaft. Dass viele indigene Frauen kein Spanisch sprechen, erhöht noch ihre Verletzlichkeit.

Und auch in Kolumbien fehlen Mechanismen zum Schutz indigener Frauen. Seit dem Beginn des Friedensprozesses 2016 kommt noch eine weitere Schwierigkeit dazu, nämlich die Exklusion von indigenen Akteur\*innen in den Friedensverhandlungen. Claudia betont, dass gerade die Beteiligung von indigenen Frauen als Trägerinnen ihrer Gemeinschaften zentral sei, um einen nachhaltigen Frieden herstellen zu können.

## Der Kampf geht weiter.

Obwohl das Webinar sich auf Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen fokussiert hat, betonen alle drei Referentinnen, dass auch indigene Männer und indigene LGBTQIA-Menschen von struktureller Gewalt betroffen sind. Auch sie müssen Rassismus, Hass und Diskriminierung erleben, welche ihre Lebensbedingungen be-

einträchtigen und oft auch lebensgefährlich sind.

Die drei Referentinnen haben die «Epidemie MMIWG» klar dargestellt. Wieder einmal geht es darum, koloniale Strukturen zu durchbrechen, Denkmuster zu ändern und der immer noch bestehenden kolonialen Besetzung endlich ein Ende zu bereiten. Dabei können auch wir in der Schweiz einen Beitrag leisten, sagen die Referentinnen, indem wir das Problem thematisieren, andere darüber aufklären und so die globale Bewegung stärken, welche die Verschwundenen ehrt. Die Opfer dürfen nicht vergessen werden, so können wir Druck auf lokale Behörden ausüben, indigene Frauen und Mädchen besser zu schützen.

Quelle: <https://wgsi.utoronto.ca/land-jaime-black-artist-residency-march-16th-march-22nd-2017/>

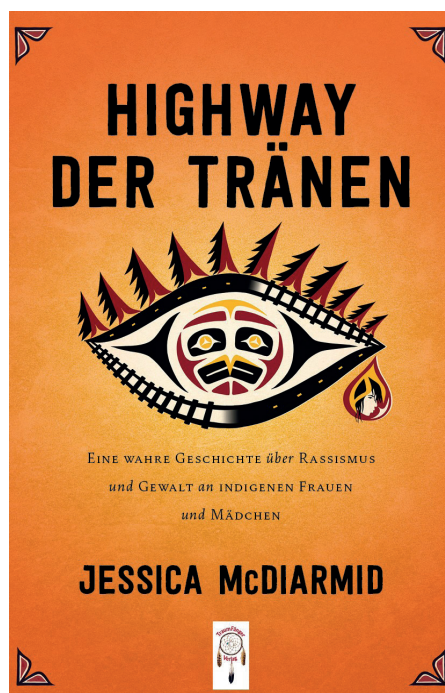
gelesen von Helena Nyberg

## Verschwundene indigene Frauen in Kanada – und keine Gerechtigkeit

Eine kanadische Journalistin wächst in der Umgebung des «Highway of Tears» auf – der Übername einer abgelegenen Strecke einer Autobahn im Nordwesten von British Columbia, an der jahrzehntelang indigene Frauen und Mädchen verschwunden oder ermordet aufgefunden worden sind. Sie weiss also, wovon sie in ihrem Sachbuch-Erstling schreibt.

Der «Highway der Tränen» wurde inzwischen zum Symbol einer nationalen Krise: 4'000 indigene Frauen und Mädchen sind in den letzten Jahrzehnten Opfer von Gewalttaten geworden – ein Abgrund in der kanadischen Gesellschaft tut sich hier auf; fassungslos fragen wir uns, weshalb die Regierung ihre Verantwortung gegenüber den Indigenen im eigenen Land ignoriert und die Täter nicht findet?

Jessica McDiarmid geht den Ursachen der systemischen Femizide in Kanada auf den Grund. Indem sie den Opfern, die im öffentlichen Bewusst-



Buchcover

sein nicht existierten, ein Gesicht gibt, holt sie sie aus der Vergessenheit zurück und zeigt sie als liebenswerte Mütter, Töchter, Nichten und Enkelinnen, die bei ihren Familien eine Lücke

hinterlassen haben. Diese Wunden des Verlusts sind in den indigenen Gemeinschaften zu spüren, tagtäglich bis heute. Sie werden erst heilen, wenn das Schicksal dieser Frauen und Mädchen von der kanadischen Gesellschaft anerkannt und gewürdigt wird.

Das Buch von Jessica McDiarmid trägt als erste kleine Wiedergutmachung zu dieser Heilung bei, hat sie doch «die wahre Geschichte über Rassismus und Gewalt an indigenen Frauen und Mädchen» (Untertitel) geschrieben, minutiös recherchiert und aufgearbeitet, spannend erzählt und ausgezeichnet lesbar in der deutschen Übersetzung unserer Kollegin Monika Seiller, der Vorsitzenden der Partnerorganisation AGIM in München, die selbst eine Expertin zu Femizid ist und das Magazin Coyote herausgibt.

**Highway der Tränen; Sachbuch von Jessica McDiarmid; Traumfänger-Verlag; Hardcover • 380 Seiten mit s/w-Fotos • ISBN 978-3-941485-79-2**



von Dominique Knuchel

## Üble Pandemie-Folge: Wirtschaft hochfahren – Indigene Rechte beschneiden

Die Covid-19-Pandemie wird zum Anlass genommen, soziale und ökologische Schutzmassnahmen zurückzufahren. Dadurch werden die Rechte der Indigenen Völker in den fünf waldreichsten Ländern<sup>1</sup> der Welt untergraben.

Das vergangene Jahr war überschattet von der Covid-19-Pandemie, welche für Indigene Völker eine gravierende Bedrohung darstellt, zumal viele dieser Gemeinschaften in schwer zugänglichen Regionen mit dürftiger hygienischer und medizinischer Versorgung leben. Neben der gesundheitlichen Gefährdung war 2020 geprägt von einem Anstieg in der Gewalt, insbesondere gegen Aktivist\*innen, die sich für Menschenrechte oder Umweltschutz einsetzen. Ein Bericht der Menschenrechtsorganisation **Front Line Defenders** zeigt auf, dass 2020 weltweit mindestens 331 Menschenrechtsverteidiger\*innen tödlicher Gewalt zum Opfer fielen. Mehr als zwei Drittel der Opfer haben sich für Umweltschutz oder Indigenenrechte eingesetzt. Der Bericht enthüllt zudem, dass Indigene überproportional betroffen waren: während ihr Anteil der Weltbevölkerung nur rund 6% beträgt, machen indigene Aktivist\*innen fast ein Drittel der 331 dokumentierten Fälle aus. Lateinamerika gilt seit 2015 als gefährlichste Region für Menschenrechtsverteidiger\*innen und war Schauplatz von mehr als einem Drittel der 2020 dokumentierten Morde. Kolumbien allein zählt 177 dieser Fälle, somit knapp über die Hälfte der globalen Summe.

Die Pandemie erschwert die Arbeit der Human Rights Defenders, zum Beispiel durch die eingeschränkte Bewegungsfreiheit: Viele Gewalttäter\*innen machen sich die strengen Massnahmen der Lockdowns zunutze, um Aktivist\*innen, welche sonst zu ihrer Sicherheit auf



Ein indigener Student trägt ein Plakat mit der Aufschrift «Menschenrechtsverteidiger sind keine Terroristen» an einer Demonstration gegen das Anti-Terrorismus-Gesetz in der University of the Philippines in Quezon City, 4. Juni 2020. © Mark Z Saludes; Front Line Defenders Global Analysis 2020

häufigen Ortswechsel angewiesen sind, in ihrem eigenen Zuhause aufzuspüren – und umzubringen.

### Wirtschaftliche Erholung oder Menschenrechte – ein solches «Entweder-Oder» darf nicht sein.

Insbesondere im Amazonasgebiet werden Indigene Völker von illegalen Aktivitäten wie Abholzung oder Bergbau bedroht. Auch die Organisation **Forest Peoples Programme** verzeichnet einen Anstieg von Verletzungen indigener Rechte, genauer von Landraub in indigenen Territorien. Grund dafür sind die rein ökonomischen Interessen von verschiedenen Staaten, welche den Abbau von natürlichen Ressourcen wie auch die Agrarindustrie auf indigenem Land forcieren; damit versuchen diese die fatalen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufzufangen. Doch so beschleunigt sich nicht nur die Klimaerwärmung, sondern Gewalttaten gegen Indigene nehmen auch zu. Indigene Gemeinschaften sind gleich zweierlei Gefahren ausgeliefert: Einerseits werden sie zur Zielscheibe dieser Konzerne und andererseits erhöhen Eindringlinge in ihrem Gebiet das Risiko, sich mit dem Virus zu infizieren. Beide Berichte bestätigen, dass ein Grossteil der Gewaltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen mit der Ausbeutung von indigenem Land zu tun hat. Dies zeigt, dass es vielerorts immer noch eine grosse Diskrepanz zwischen den

Machenschaften von Konzernen, Investoren oder lokalen Behörden und den Rechten von Indigenen Völkern besteht. Es darf nicht sein, dass die Agro- und Rohstoffindustrie Vorrang hat vor den Rechten Indigener Völker. Es besteht ein dringender Bedarf an verbindlichen Regeln, welche Konzerne, die in den betroffenen Ländern agieren, einhalten müssen. Leider hat die Schweiz mit der Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative im November 2020 die Chance knapp verpasst, Unternehmen bei Verletzung von Umweltstandards und Menschenrechten in die Pflicht zu nehmen. Doch die Zivilgesellschaft macht weiter – so auch wir.

Quellen: Front Line Defenders – Global Analysis 2020; Forest Peoples Programme.

«Auch während der Pandemie sind wir eine leichte Zielscheibe, weil wir alle zu Hause sind und die vorgeschriebene Quarantäne einhalten; niemand kann sich frei bewegen. Aber wir wissen, dass die Leute, die uns zum Schweigen bringen wollen, sich ungehindert bewegen können. Ich habe Drohungen erhalten, dass sie mich und meine Familie verbrennen würden, damit ich das Virus nicht verbreiten würde.»

Danelly Estupiñan, Menschenrechtsverteidigerin, Proceso de Comunidades Negras, Kolumbien

<sup>1</sup>Brasilien, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Indonesien, Peru.





von Katy Cottrell

## Interview mit unserer Stipendiatin Rosa Flores Cruz

Rosa Marina Flores Cruz ist eine afro-indigene Zapotekin aus Oaxaca, Mexiko und hat als *Incomindios Youth-Stipendiatin* am UN-Forum für indigene Angelegenheiten (UNPFII 2021) teilgenommen. Im Interview mit Katy Cottrell von *Incomindios UK* erzählt Rosa über ihre Arbeit mit indigenen Gemeinschaften.

Als ein Grossunternehmen ohne Konsultation in die Region ihres Volkes eindrang, wurde Rosa zur Aktivistin: «Unser Land wurde einfach gestohlen, ohne uns anzuhören oder zu beteiligen. Wir merkten rasch, dass die Profiteure hinter solchen Projekten Geschäftsleute sind, und die lokale Bevölkerung geht leer aus.» Ich bin überrascht: Viele der problematischen Vorhaben, die Rosa erwähnt, fördern erneuerbare Energien; allein in ihrer Region gibt es 2000 Windturbinen, welche die Umgebung ver-

ändern. Die Lebensrealität Indigener Völker hängt zweifellos eng mit dem Klimawandel zusammen. Demzufolge nahm ich – etwas blauäugig – an, dass Energie aus erneuerbaren Ressourcen von ihnen begrüsst würde. Gemäss Rosa leiden existenzgefährdete Gruppen jedoch weiterhin unter nicht nachhaltigen Projekten: «Wir müssen die Folgen des Klimawandels bewältigen, aber auch die der Pläne, welche den Klimawandel verlangsamen sollen».

**Mega-Projekte von Grosskonzernen führen zu Gewalt gegen Frauen:** Rosa erzählt, wie das Windenergieprojekt Arbeiter aus Europa anzieht – und wo viele Männer arbeiten, bricht das Patriarchat durch, und der Missbrauch an Frauen grassiert. Nach einer UN-Statistik war Mexiko 2010 eines der Länder mit der höchsten Zahl an Gewalttaten gegen Frauen. Indigene Frauen gehören zu den am meisten Betroffenen und machen 70% aller Opfer von Menschenhandel aus. Das Thema des **UNPFII 2021** war Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Ich frage Rosa, wie diese Ziele für die Indigenen relevant werden könnten. «Ich denke, dass Institutionen aufhören

müssen, uns Indigene als Hindernis zu sehen. Wir sind nicht gegen Fortschritt, wollen aber mit unserer kollektiven Denkart mitbestimmen können.» Der Umgang mit einer indigenen *Gemeinschaft* sei anders als der Umgang mit einer *Einzelperson*, die als Vertreter\*in der Gemeinschaft auftritt. Die kollektive Stimme darf nie vergessen werden – was den Entscheidungsfindungsprozess verlangsamt, aber verbessert. Die Herausforderungen, die sich Indigenen Völkern gegenwärtig stellen, scheinen unüberwindbar. In unserem Gespräch erzählt mir Rosa jedoch über ein Raubbau-Projekt, das durch den Zusammenschluss von lokalen indigenen Organisationen gestoppt wurde. Rosas Schilderung der Widerstandsfähigkeit der Gruppen, mit denen sie arbeitet, und die von ihr selbst verkörperte Leidenschaft wecken die Hoffnung, dass diese Herausforderungen in absehbarer Zeit bewältigt werden können.



Rosa Flores Cruz

(Übersetzung: Dominique Knuchel; das ganze Interview auf [www.incomindios.ch](http://www.incomindios.ch))

von Helena Nyberg

## Mexikos Präsident bittet Maya um Entschuldigung für historisches Unrecht

Schon im Oktober 2020 forderte Mexikos Regierung eine Entschuldigung der Kirche bei den Indigenen – vergebens. 2021 jährt sich zum 500. Mal die Eroberung des heutigen Mexikos durch die spanischen Konquistadoren um Hernán Cortés. Ein guter Moment, um sich für 500 Jahre Unrecht offiziell zu entschuldigen; aus diesem Anlass sind am 4. Mai 21 der mexikanische Präsident Andres Manuel Lopez Obrador und sein Amtskollege aus Guatemala Alejandro Giammattei nach Quintana Roo im Süden des Landes gereist. «Wir bitten das Volk der Maya um Verzeihung für die schrecklichen Misshandlungen durch Einzelpersonen und nationale wie ausländische



Ana Karen Dzib Poot, Maya, und Präsident Manuel López Obrador während der Entschuldigung: «Petición de perdón por agravios al pueblo Maya». © Cuartoscuro

Behörden während der Eroberung, während der drei Jahrhunderte kolonialer Herrschaft und während der zwei Jahrhunderte seit der Unabhängigkeit Mexikos», sagte Präsident López Obrador bei einer Rede in Anwesenheit auch indigener Nachfahren der Betroffenen. Innenministerin Olga Sánchez betonte, die Entschuldigung gelte auch für den heutigen Rassismus und die Vernachlässigung, unter der die Maya-Bevölkerung in Mexiko noch immer leide.

### 15 Millionen Indigene

Während der Rede war Protest von lokalen Demonstranten zu hören. Die Entschuldigung sei eher eine opportunistische Geste als eine aufrichtige Entschuldigung: Sie kritisieren Obradors Plan einer 1500 Kilometer langen «Maya-Eisenbahn», die Urlaubsorte mit antiken archäologischen Stätten verbinden soll. Kritiker sagen, das Vorhaben schade der Umwelt und schädige indigene Gemeinschaften. Eine Gruppe von Maya-Historikern hat einen offenen Brief an den Präsidenten geschrieben, der in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wurde. Darin fordern die Wissenschaftler, dass in der Gegenwart die Interessen der Maya und das Recht auf Selbstbestimmung geachtet werden müssten. Rund 15 Millionen der etwa 126 Millionen Mexikaner gehören einer der vielen indigenen Gemeinschaften wie Náhuatl, Maya und Zapoteken an.

[elpais.com/mexico/2021-05-03](http://elpais.com/mexico/2021-05-03)



## Havasupai-Aktivistin/ Politikerin sitzt in einem Regierungsausschuss

Die US-Regierung scheint sich in gewissen Fällen zu beeilen, Wahlversprechen einzuhalten, so auch das Versprechen, historisch verfolgten und marginalisierten (indigenen) Gemeinschaften einen Sitz am Verhandlungstisch zu geben, wenn es um Themen in der Bundespolitik geht, die sie direkt betreffen.



Carletta Tilousi, mit spirituellem Führer Rex Tilousi. © AP Photo/Ross D. Franklin

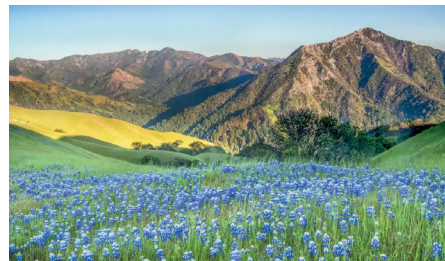
Interessant ist, dass es in Washington einen Ausschuss gibt, der sich um **Umweltgerechtigkeit** bemüht: Der *White House Environmental Justice Advisory Council (WHEJAC)* wurde gemäss einer Verfügung<sup>1</sup> von Präsident Biden eingerichtet und soll den Council of Environmental Quality und ein zwischenbehördliches Gremium zur Durchsetzung der Umweltgerechtigkeit in Sachen wissenschaftlicher, technologischer, gesetzgeberischer, kommunaler und wirtschaftlicher Themen beraten.

In diesem Zusammenhang freut es Incomindios ganz besonders, dass Carletta Tilousi, *Havasupai*-Politikerin aus dem Grand Canyon, in diesen Ausschuss gewählt worden ist. Kein anderer Fall Indigener Völker betrifft die Schweiz direkter als der jahrelange Kampf der *Havasupai* gegen die mächtige Uranwirtschaft, bei dem Schweizer Atomfirmen beteiligt gewesen sind. Das Schicksal der *Havasupai*, dem «Volk des grün-blauen Wassers», zeigt zudem exemplarisch, wie eng Religion, Land- und Menschenrechte bei Indigenen verbunden sind: Von ihrem angestammten Land beziehen sie ihre Identität, fühlen sich spirituell verbunden. Carletta Tilousi war mit Rex Tilousi, dem letzten spirituellen Führer der *Havasupai*, öfters in der

Schweiz und hat massgeblich dazu beigetragen, dass 2002 das Nidwaldner Stimmvolk gegen das geplante Endlager für radioaktive Abfälle im Wellenberg gestimmt hat. In den USA hat sich Carletta als Aktivistin und als gewähltes Mitglied des *Havasupai*-Stammesrats jahrelang eingesetzt, dass im Grand Canyon mit allen Seitentälern kein Uran abgebaut werden kann. Wir wünschen ihr alles Gute für ihre neueste Aufgabe.

## Erfreulicher Nachtrag: Esselen nach 250 Jahren wieder Landbesitzer

Die Gewalt gegen die Native Americans in Kalifornien hat erst viel später stattgefunden als in den älteren Bundesstaaten der Ostküste. Aber mit einem verheerenden Resultat: es gibt keine Reservate, nur *Rancherías*, und viele Völker sind zu kleinen Stämmen reduziert. Nun wendet sich das Blatt langsam.



Wieder Land der Esselen: Hinterland vom Big Sur-Küstengebiet, Nordkalifornien. © Doug Steakley/AP

Noch im Jahr 1850 erliess der Bundesstaat ein Gesetz, um die Indigenen von ihrem Land zu vertreiben, Kinder von ihren Familien zu trennen, sie ihrer Kultur und Sprache zu berauben und ein System der Schuldknechtschaft zu schaffen. Krankheiten rotteten viele Völker ganz aus; Land- und Kulturverlust waren enorm. Erst 2015 stimmten die Behörden in der Weinregion Sonoma County zu, fast 3 km<sup>2</sup> des angestammten Landes der *Kashia Band* der *Pomo Indians* dem Stamm zurückzugeben. Dann schrieb Gouverneur Gavin Newsom 2019 Geschichte, als er sich offiziell bei den indigenen Stämmen im Bundesstaat entschuldigte und den brutalen Völkermord und den «Vernichtungskrieg» anerkannte, den der erste Gouverneur des Staates 1851 losgetreten hatte.

Und im Sommer 2020 erhielten die 214 noch lebenden *Esselen* aus Monterey County 4,85 km<sup>2</sup> angestammtes Land bei Big Sur an der Küste Nordkaliforniens zurück. Finanziert wurde der US\$ 4,5 Mio.-Deal vom Bundesstaat und einer Umweltorganisation aus Oregon. Die *Esselen* wollen die alten Mammutbäume und bedrohten Wildtiere wie den kalifornischen Kondor und den rotbeinigen Frosch erhalten und den Little Sur River schützen, einen wichtigen Laichstrom für die gefährdete Stahlkopfforelle. «Wir sind die ursprünglichen Hüter des Landes, und wir bleiben», sagte Tom Little Bear Nason, Vorsitzender des *Esselen*-Stammes von Monterey County, «wir werden das Land kulturell mit unseren Nachbarn, den *Ohlone*, *Amah Mutsun* und *Rumsen*, nutzen und an unsere Kinder weitergeben. Es wird nicht – wie ursprünglich geplant – Bauland werden.» Wie schon Winona LaDuke sagte: «Die einzige Entschädigung für Land ist Land.» Wir hoffen, Präsident Biden und Innenministerin Haabland nehmen das ernst...

### Kalifornien:

Heute gibt es über 100 staatlich anerkannte und weitere nicht-anerkannte Stämme mit über 700'000 Indigenen, zumeist ohne Land. Die Rückgabe indigener Landtitel wäre eine der sinnvollsten Möglichkeiten, altes Unrecht zu korrigieren, erklären indigene Stammesführer.

Kalifornien hat unter allen Bundesstaaten der USA eine der höchsten Fallzahlen an vermissten und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen. Native Americans sind unverhältnismässig oft in den Gefängnissen des Staates eingesperrt, und indigene Schüler werden deutlich häufiger vom Unterricht ausgeschlossen als weisse Schüler.

(Beide Artikel von Helena Nyberg)

<sup>1</sup>Die Executive Order 14008 vom 27.1.2021 mit dem Titel *Tackling the Climate Crisis at Home and Abroad*: Die Klimakrise soll im Fokus der US-Aussenpolitik und nationalen Sicherheit stehen.

## Carrie Dann, Neue-Hüterin des Landes

(\* 1932; † 2.1.2021, Crescent Valley, Nevada)



Wir trauern um die Neue (= Mensch auf Shoshone) Carrie Dann, Schwester der 2005 verstorbenen Mary Dann, deren unerbittlicher Widerstand gegen den Raub ihres Landes Generationen von Umweltschützer\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen weltweit inspiriert hat. Die *Western Shoshone* waren im Recht, denn sie besaßen den Vertrag von Ruby Valley (1836), einen vom US-Kongress ratifizierten Friedens- und Freundschaftsvertrag, welcher ihr Territorium begrenzt und nur friedliche Passagen von Siedlern gewährt. Trotzdem mussten die Schwestern ein Leben lang kämpfen – gegen Beschlagnahme ihres Viehs, gegen die vom *US-Bureau of Land Management* illegal vergebenen Schürfrechte für globale Bergbau-Giganten wie Barrick Gold, Newmont, etc., welche die Bergketten zerstörten und Grundwasserquellen leer pumpeten. Darüber hinaus errichtete das Militär Luftwaffenstützpunkte auf dem Vertragsgebiet der Neue, inkl. atomare Testgelände, auf denen von 1951 bis 1962 119 oberirdische Atomtests und von 1962 bis 1992 über 1000 unterirdische Atombombentests durchgeführt wurden. Die Pilzwolken waren bis in das ca. 100 Kilometer entfernte Las Vegas zu sehen, und die Stadt spürte die seismischen Erschütterungen. Incomindios gehör-

te zu den vielen NGOs, die mit *Shoshone*-Delegierten in den Hauptstädten Europas sowie an der UNO gegen die US-Politik protestierten. Auch der UN-Antidiskriminierungsausschuss CERD stellte die Legitimität der US-Position gegen die *Shoshone* in Frage. 1993 erhielten Mary und Carrie Dann den alternativen Friedensnobelpreis (*Right Livelihood Award*). Sie hielten Jahrzehnte andauernder Belästigung und rechtlicher Finten, um ihre Landrechte zu entziehen, stand, selbst als alternde Grossmütter. Dennoch lachten sie gern, arbeiteten hart und blieben stets bescheiden. «Kümmere dich nicht um dich selbst, sondern um die Zukunft», war Carries Lebensspruch. R.I.P.

(Nachruf von Debra Harry, Paiute, auf [www.arbeitskreis-indianer.at](http://www.arbeitskreis-indianer.at); frei übersetzt von Gawan Maringer)

## Ramsey Clark

(\* 18.12.1927 Dallas, Texas; † 9.4.2021 New York)



Dennis Banks (AIM), Fidel Castro, Alice Walker, Ramsey Clark, Havana, April 1993. © Gloria La Riva

Der respektierte Menschenrechtsanwalt, Kriegsgegner und frühere US-Justizminister Ramsey Clark bleibt uns als Leonard Peltiers Berufungsanwalt in Erinnerung. Als Abkömmling einer prominenten texanischen Familie war Clarks Weg in die ausserparlamentarische Opposition nicht vorgezeichnet. Als junger Anwalt erlebte er jedoch den Rassismus als Instrument der herrschenden Eliten und beschloss, diese Realität politisch zu verändern. Als Lyndon B. Johnsons Justizminister arbeitete er 1965/1968 die Bürgerrechtsgesetze für die schwarze Bevölkerung mit aus, trat für die Umsetzung der indigenen Vertragsrechte ein und trug dazu bei, wichtige Landansprüche zu regeln, was seit 50 Jahren nicht mehr geschehen war. Peltier sah er als Symbol des (indigenen) Widerstands gegen die Kontrolle von mächtigen Wirtschaftsinteressen. R.I.P.

## LaDonna Tamakawastewin (Good Earth Woman) Brave Bull Allard, Standing Rock Sioux-Wasserschützerin

(\* 8.6.1956; † 10.4.2021, Ford Yates, North Dakota)



LaDonna Brave Bull und Michelle Cook, WECAN, in Zürich. © Incomindios

Die Europäische Allianz für die Selbstbestimmung indigener Völker, unser Bündnis mit Mitgliedsgruppen in Österreich, Frankreich und Deutschland, hat die Historikerin und 19-fache Grossmutter LaDonna Brave Bull Allard auf der *Women's Earth and Climate Action Network (WECAN)*-Tour durch Europa im Jahr 2017 kennengelernt, als sie Teil der Delegation war, die über die Desinvestition von europäischem Kapital aus Pipeline-Projekten wie der Dakota Access Pipeline DAPL verhandelte. So hat sie auch die Credit Suisse in Zürich besucht und durch ihre unnachgiebige Haltung gegen den Bau von DAPL eine internationale Solidaritätskampagne befeuert. Die Pipeline soll Öl aus Tausenden von Frackingbohrstellen in North Dakota nach Illinois transportieren. Dabei kreuzt sie nicht nur ein Wasserreservoir, sondern auch indigene Gräber. Und sie streift das Reservat, in dem LaDonna Brave Bull Allard lebte. Deshalb öffnete sie 2016 ihr Grundstück am Cannonball River für das erste Standing Rock-Widerstandscamp gegen die DAPL und initiierte so die seit 1920 grösste historische Zusammenkunft von Native Americans/Water Protectors in den USA. LaDonna Brave Bull Allard war eine Pionierin darin, verschiedene Anliegen wie Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsfragen miteinander zu verbinden und in nationalen wie globalen Diskussionen zur Sprache zu bringen, immer mit der indigenen Perspektive. «Wasser ist Leben» war ihr Leitspruch – wir werden ihn weitertragen, LaDonna. R.I.P.

## Sonderausstellung: Karl Bodmer – Ein Schweizer Künstler in Amerika

Nach einem konservatorischen «Schönheitsschlaf» zeigt das Nordamerika Native Museum NONAM im Zürcher Seefeld in der aktuellen Sonderausstellung eine Auswahl der berühmten handkolorierten Kupferstiche nach den Skizzen des Zürcher Malers Karl Bodmer (1809-1893).

Karl Bodmer reiste in den Jahren 1832-34 mit dem deutschen Naturforscher Prinz Maximilian zu Wied nach Nordamerika. Die Expedition brachte sie mit der indigenen Bevölkerung am Oberen Missouri in Kontakt, von welcher es bis dahin kaum Bilder gab. Es entstanden Darstellungen von den Menschen und ihrer Lebenswelt. Die Portraits sind präzise Dokumentationen charaktvoller Individuen und zeugen von aussergewöhnlichen Begegnungen des jungen Künstlers. Die Ausstellung beleuchtet auch heutige Sichtweisen auf die Werke von damals. In einem Videointerview kommen indigene und nicht-indigene Personen aus Kunst und Wissenschaft zu Wort.



«MATO-TOPE Mandan chief»; Stecher/  
Radierer: Johann Hürlimann n. einer Skizze  
von Karl Bodmer; 1963-BO-03211, Slg.  
NONAM

### Sonderausstellungen bis 5. September 2021:

Karl Bodmer – Ein Schweizer Künstler in Amerika

Schau.Lager – Depotschätze aus der Sammlung NONAM

Die Dauerausstellung ist neu überarbeitet. [www.nonam.ch](http://www.nonam.ch)

## An fernen Feuern – Rezepte und mehr der nordamerikanischen Indianer und Inuit

Lust auf Wildreissalat, Bisonsuppe mit Brombeeren oder blaues Maisbrot? Die Ernährung der Indigenen Völker Nordamerikas ist so vielfältig wie die Kulturen selbst. Genau das hat die Museumspädagogin und Ethnologin Dr. Veronika Ederer interessiert; jahrelang recherchierte sie deren Nahrung und besondere Zutaten. Tagtäglich ernähren wir uns von indigenen Pflanzen: Kürbis, Bohnen, Kartoffeln, Paprika, Tomaten, Erdnüsse, Kakao, etc. sind für uns, seit Kolumbus 1492 die «Neue Welt» eroberte, unverzichtbar geworden.



Entstanden ist ein Kochbuch mit 85 Rezepten – z.Bsp. der *Ponca*, *Mohawk* oder *Inuit* –, die sich einfach nachkochen lassen. Darüber hinaus vertiefen Begleittexte das Verständnis für indigene Geschichte und Kultur, klären über Klischees auf und zeigen, wie die in den Reservaten aufgezwungene, oft einseitige Ernährung zu Übergewicht und Diabetes führt und mit struktureller Armut sowie fehlender Ernährungssouveränität zu tun hat. Freuen Sie sich auf ein kulinarisch-kulturelles, höchst ansprechendes Kochbuch mit vegetarischen und nicht-vegetarischen «Rezepten und mehr».

ISBN 978 3 96206 044 2. 2020; 208 S.; mit Bezugsquellen der Zutaten. [www.lincom-shop.eu](http://www.lincom-shop.eu)

### Impressum

Herausgeberin:  
INCOMINDIOS Schweiz  
Wehntalerstrasse 124, CH-8057 Zürich  
Tel./Fax 044 383 03 35  
mail@incomindios.ch  
[www.incomindios.ch](http://www.incomindios.ch)

Redaktion: Helena Nyberg

Layout Gestaltung: Johanna Rickenbach  
Layout Umsetzung: Matheus Christo

Druck: Lenggenhager Druck, Zürich

Auflage: 1000

Konto: INCOMINDIOS  
8057 Zürich, PC 87-4360-6

INCOMINDIOS Schweiz hat den Beraterstatus  
als NGO beim Wirtschafts- und Sozialrat  
(ECOSOC) der Vereinten Nationen

Titelseite Collage:

Oben: Foto aus dem Projekt REDress der Künstlerin Jaime Black. © Jaime Black.  
Mitte links: Samela Sater é-Mawé, 23, zeigt eine Schutzmaske, welche ihre Frauenvereinigung in Manaus, Brasilien hergestellt hat. © Raphael Alves/Forest Peoples Programme.  
Mitte rechts: Freda Huson vor einer Kunstinstitution mit roten Kleidern beim Unist'ot'en Healing Center. © Amber Bracken  
Unten: 2019, Deb Haaland in rot gekleidet, um vermissten und ermordeten Indigenen Frauen zu gedenken. © Indianz.com

Liebe Leserinnen und Leser

Natürlich sind wir auch auf zweckungebundene Spenden angewiesen. Diese unterstützen unsere Arbeit in der Geschäftsstelle, erlaubt uns die Zusammenarbeit mit den Indigenen, um neue Projekte zu entwickeln, und lässt uns unsere Kontakte mit Medien, Mitgliedern, indigenen und europäischen Partnern pflegen.

Herzlichen Dank für Ihre Zuwendungen an:

Incomindios, Zürich

PC 87-4360-6

IBAN: CH42 0900 0000 8700 4360 6

Clearing Nummer: 09000